



HESSISCHER LANDTAG

02. 06. 2026

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schwarz-rote Kürzungspolitik in der Bildung wird Abwärtstrend an Hessens Schulen weiter verstärken – Grüner 10-Punkte-Plan macht konkrete Vorschläge zur Stärkung der Bildungsqualität

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag zeigt sich nach wie vor entsetzt über die massiven Kürzungen der schwarz-roten Landesregierung an Hessens Schulen. Diese Kürzungen sind grundsätzlich falsch, doch treffen sie die Schulen angesichts des schlechten Abschneidens Hessens beim jüngsten IQB-Bildungstrend auch noch in einer Phase, in der es eigentlich deutlich mehr Investitionen in die Bildung bräuchte und nicht weniger. So zeigen die Ergebnisse des jüngsten IQB-Bildungstrends einen dramatischen Kompetenzrückgang bei 9.-Klässlerinnen und -Klässlern in Mathematik und den Naturwissenschaften. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Mindeststandards in Mathematik nicht erreichen, ist seit der letzten Erhebung um zehn Prozentpunkte auf 34 Prozent gestiegen. Hessen hat sich dabei nicht nur im Vergleich zu 2018, sondern auch im Vergleich der Bundesländer merklich verschlechtert. In allen vier Fächern liegen die Schülerleistungen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Im Fach Mathematik ist Hessen der bundesweit größte Absteiger mit einer Verschlechterung um sechs Plätze von Rang 7 auf Platz 13 im Länderranking. Gemeinsam mit Bremen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland bildet Hessen das Schlusslicht im Bundesvergleich.
2. Der Landtag äußert sein Unverständnis darüber, dass die schwarz-rote Landesregierung auf diese besorgniserregenden Ergebnisse bisher in keinerlei Weise reagiert hat – im Gegenteil. Der Haushalt für das Jahr 2026 enthält nicht nur keinerlei Investitionen in neue oder den Ausbau bestehender Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungsqualität an Hessens Schulen, sondern kürzt auch noch bei Integrierten Gesamtschulen, beim Sozialindex, bei der Deutschförderung für geflüchtete Schülerinnen und Schüler, bei der Medienbildung, bei der Lehrkräfteausbildung und vielem mehr. Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Bundesländern hat die Landesregierung bisher nicht einmal ein Konzept präsentiert, mit welchen Maßnahmen sie langfristig auf die IQB-Ergebnisse reagieren möchte.
3. Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf, schnellstmöglich ihrer Verantwortung nachzukommen und einen umfassenden Plan mit kurz- und langfristigen Maßnahmen vorzulegen, um die Bildungsqualität in Hessen zu verbessern. Neben der schnellstmöglichen Rücknahme der vorgenommenen Kürzungen braucht es Sofortmaßnahmen, mit denen an Hessens Schulen schnell zusätzliche Fördermaßnahmen auf den Weg gebracht werden können. Konkret schlägt der Landtag vor, allen Schulen ein Chancensbudget in Höhe von insgesamt 20 Millionen Euro für zusätzliche Förderangebote im Ganztags zur Verfügung zu stellen und die Lerncamps in den Schulferien deutlich auszubauen. Die Ferienförderkurse sollen in den Folgejahren schrittweise immer weiter ausgebaut werden und für Schülerinnen und Schüler mit großem Förderbedarf in Deutsch und Mathematik (z. B. ab Note 4) ein Rechtsanspruch auf mindestens einen Förderkurs pro Schuljahr geschaffen werden. Zudem sollen die Ergebnisse der Lernstandserhebungen (VERA-Vergleichsarbeiten) endlich umfassend ausgewertet werden, um sie als datenbasierte Grundlage für bildungspolitische Entscheidungen in Hessen nutzbar zu machen. Darüber hinaus fordert er die Landesregierung auf, sich bis zum Ende der Wahlperiode folgenden Handlungsfeldern konsequent anzunehmen:
 - Einstieg in die datengestützte Schulentwicklung nach Hamburger Vorbild
 - umfassende Entwicklungsstandstestung und Matheförderung vor der Einschulung
 - sozialindizierte Mittelzuweisung verbessern und ausweiten
 - mehr rhythmisierte Ganztags an Schulen mit besonderen Herausforderungen
 - Programm zur Gewinnung von Lehrkräften in Mangelbereichen
 - Reform der Lehrkräftefortbildung
 - Entlastung von Schulleitungen durch Schulleitungsstandems

4. Der Landtag erkennt an, dass sich Hamburg mit einer seit Jahren konsequent betriebenen datengestützten Schul- und Unterrichtsentwicklung in verschiedenen Vergleichsstudien auffallend positiv entwickelt hat. Beim IQB-Bildungstrend konnte sich Hamburg im Fach Mathematik im Ländervergleich um sieben Plätze von Rang 11 auf Rang 4 verbessern. Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf, in Anlehnung an den Hamburger Erfolgsweg ein „Hessisches Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung“ zu gründen, das regelmäßig umfassend Daten erhebt, analysiert und Schulen und Schulämter im Umgang mit diesen Daten qualifiziert. Darüber hinaus sollen die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für die Einführung einer Schüler-ID und eines Bildungsverlaufsregisters für die gesamte Bildungslaufbahn von der Kita bis zum Schulabschluss geprüft werden, um die Lernentwicklung über verschiedene Bildungsabschnitte hinweg begleiten zu können. Um die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler in immer heterogeneren Klassen zu verbessern und Lehrkräfte bei der Erfassung von Lernständen zu entlasten, sollen Programme der digitalen Lernverlaufsdagnostik, wie das Tool „Quop“, ausgeweitet bzw. flächendeckend verbindlich eingeführt werden – in einem ersten Schritt für die Fächer Deutsch und Mathematik von Klasse 1 bis 10.
5. Der Landtag stellt fest, dass immer mehr Kinder ohne grundlegende sprachliche, mathematische oder motorische Fähigkeiten eingeschult werden. Deswegen braucht es eine flächendeckende und standardisierte Entwicklungsstandtestung aller Kinder spätestens 18 Monate vor der Einschulung. Derzeit fehlen bei der Einschätzung der Grundschulen klare Standards, eine systematische Erfassung und eine aggregierte Auswertung der Ergebnisse, wie beispielsweise in Hamburg. Darüber hinaus müssen nicht nur sprachliche Fähigkeiten, sondern auch das Mengen- und Zahlenverständnis, Motorik und Sozialverhalten getestet werden. Auf Grundlage der Testergebnisse soll dann eine verbindliche Förderempfehlung für die Teilnahme an den bereits verpflichtend gestellten Sprachvorkursen im Jahr vor der Einschulung gegeben werden. Diese müssen inhaltlich um die Förderung mathematischer Grundlagen, aber auch motorischer Fähigkeiten ergänzt werden. Diese Ergänzung muss mit Ressourcen von mindestens zwei zusätzlichen Schulstunden hinterlegt werden.
6. Der Landtag betont, dass die IQB-Ergebnisse nicht zuletzt deutlich zeigen, dass noch stärker als bisher gezielt die Schulen sowie Schülerinnen und Schüler in den Blick genommen werden müssen, wo der Förderbedarf am größten ist. Die Kürzungen der Landesregierung beim Sozialindex sind somit das genaue Gegenteil von dem, was es jetzt braucht. Eine umfassende sozialindizierte Ressourcenzuweisung ist ein zentraler Baustein des Hamburger Erfolgswegs für mehr Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit der letzten Jahre. Anstatt hier zu kürzen, braucht es in Hessen eine Überarbeitung der Kriterien und eine deutliche Aufstockung der Ressourcen im Sozialindex, in einem ersten Schritt um 150 auf 800 Lehrkräftestellen. Perspektivisch sollen mindestens fünf Prozent der landesseitigen Ressourcenzuweisung (Lehrkräfte, sozialpädagogische Fachkräfte, Ressourcen für Ganztag, Inklusion etc.) zusätzlich für Schulen im unteren Drittel der Indexskala zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sollen Schulen mit niedrigem Sozialindex gezielt zu rhythmisierten Ganztagschulen (Profil 3) weiterentwickelt und dabei finanziell gefördert werden.
7. Nach Ansicht des Landtags sind nicht zuletzt die Lehrkräfte und Schulleitungen ein zentraler Faktor zur Verbesserung der Bildungsqualität. Wenn an Hessens Schulen teilweise 25 Prozent des eingesetzten Personals keine voll ausgebildeten Lehrkräfte sind und an 14 Prozent der Schulen Schulleitungen fehlen, werden sich die Probleme weiter verschärfen. Deswegen braucht es zum einen weitere Anstrengungen zur Bewältigung des Lehrkräftemangels: Mit Modellversuchen für duale Lehramtsstudiengänge und Quereinstiegsrastern in Mangelberufen und -fächern sollen neue Zielgruppen für den Beruf als Lehrkraft gewonnen werden. Zum anderen braucht es eine gezielte Entlastung der Schulleitungen: Mit einem Modellprojekt für Schulleitungstandems aus pädagogischen und administrativen Schulleitungen soll an zunächst 50 Schulen mit niedrigem Sozialindex eine Entlastung von Verwaltungsaufgaben erfolgen und den pädagogischen Schulleitungen mehr Zeit für die Qualitätsentwicklung von Schule gegeben werden. Schließlich bedarf es auch eine Reform der Lehrkräftefortbildungen mit einem neuen Fokus auf längeren Fortbildungsreihen sowie Qualifizierungsmaßnahmen im Team statt einmaligen Halbtages-Veranstaltungen im Vortragsformat. Hierfür braucht es nicht zuletzt fest verankerte Zeiten zur kollegialen Fallberatung und für gegenseitige Hospitationen im Unterricht.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 2. Juni 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)